

Volkswacht

für Schlesien

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Verlags- und Anstaltsdirektion: Geschäftsstelle Ring 1205, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5352.

Anzeigenpreis: Je Zeile für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 30 Pf., auswärts 45 Pf., auswärts 12 Pf. Anzeigen unter Tag 20 Pf., auswärts 45 Pf., Stellenangebote 4 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Verleumd., Verfassungsverträge und Wohnungsangelegenheiten 3 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 1 Pf., das letzte Wort 2 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Marktstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Ein Beamtenkabinett als Ausweg?

Ein Kabinett Albert?

Der Reichspräsident hat am Sonntag unter Ausfaltung der Parteien die Vorzüge der Regierungstruppe fortgesetzt. Er empfing im Laufe des Vormittags den Reichswehrminister Dr. Gehler und den früheren Schatzminister Dr. Albert in einer gemeinsamen Besprechung. Später besprach er die Lage mit dem Reichsinnenminister Dr. Jarres und empfing dann am Montag den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns. Die Unterredungen führten zu dem Ergebnis, daß die Versuche zur Bildung einer Koalitionsregierung im Augenblick ohne Erfolg bleiben. Aus diesem Grunde sah sich der Reichspräsident veranlaßt, im Laufe des Nachmittags folgendes Schreiben an den Reichswehrminister Dr. Albert zu richten:

„Meine bisherigen Besprechungen über die Kabinettsbildung haben mich überzeugt, daß es zurzeit nicht möglich ist, eine Koalitionsregierung aufzusuchen, die die parlamentarische Grundlage zu bilden. Die Lage Deutschlands ist aber in jeder Hinsicht zu überaus ernst, daß die Bildung einer vorläufigen Regierung keinen Aufschub mehr duldet. Ich sehe nur die eine Möglichkeit, eine Regierung beschleunigt zu bilden, die entschlossen ist, unter Zurückstellung von persönlichen und parteipolitischen Rücksichten ihre ganze Kraft für die Lebensnotwendigkeiten unseres Landes einzusetzen. In dieser schweren Stunde appelliere ich deshalb dringend an Ihr vaterländisches Pflichtgefühl, Ihre Kräfte zu bündeln und auch von mir gemildrigten Bedenken zurückzulassen und die Bildung einer solchen Regierung zu übernehmen. Für eine umgehende Erklärung wäre ich Ihnen sehr dankbar.“

Nach dem Empfang dieses Schreibens hatte Dr. Albert eine Besprechung mit dem Reichspräsidenten. Er erklärte bereit, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Es ist anzunehmen, daß die neue Regierung bereits am Montagvormittag gebildet ist und sich am Mittwoch dem Reichstag vorstellt. Die Minister Brauns, Jarres und Gehler dürften der Regierung Albert beistimmen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch ein Teil der übrigen Minister des Kabinetts Stresemann ihren Posten verbleiben. Dr. Stresemann selbst hat es abgelehnt, das Außenministerium zu übernehmen.

Die Haltung der Sozialdemokratie zu der neuen Regierung Albert hängt nicht nur von deren Programm, sondern von ihrer Zusammensetzung ab.

Kardorffs Bemühungen scheiterten

Deutschnationalen und Volksparteilern.

Über die bis Sonnabend abend erfolgten Bestrebungen zur Bildung der Regierungstruppe erzählt der „Soz. Parlaments-Dienst“:

Der Führer der deutschnationalen Fraktion, Hergt, der am Freitag abend vom Reichspräsidenten empfangen wurde, erklärte in dieser Besprechung nicht die Bildung des Kabinetts mit einem deutschnationalen Abgeordneten bzw. einem deutschnationalen Nichtparlamentarier, wie man hätte annehmen sollen, sondern machte den Vorschlag, einen Vertreter der Volkspartei unter Beteiligung der Deutschnationalen mit der Regierungsbildung zu betrauen. Reichspräsident Hergt gab dem später von ihm empfangenen Vertreter der Volkspartei, Dr. Scholz, von der Auflösung der Deutschnationalen Kenntnis. Nach am Freitag abend dem Volksparteiliche Fraktion zu dem Standpunkt der Deutschnationalen Stellung und beschloß, sich an dem nach rechts erweiterten Kabinett nur zur Führung des Reichsanstalters Dr. Stresemann zu beteiligen. Am Sonnabend vormittag besaßte sich die Zentrumsfraktion mit der Krise. Sie beauftragte den ehemaligen Reichsanstaltler Fehrenbach, dem Reichspräsidenten mitzuteilen, daß unter keinen Umständen ein Kandidat aus den Reihen des Zentrums gewählt werden könne. Dieser Standpunkt wurde besonders von dem ehemaligen Zentrumsminister Stögerwald vertreten, so daß die Beschlüsse über eine Kandidatur Stögerwalds, die auch von den Deutschnationalen gewünscht werden konnten, nicht in Frage kommen dürfte.

Am Sonntag abend nachmittags, nachdem der Reichspräsident zuvor noch einmal mit den Führern der Mittelpartei Besprechung gehabt hatte, tauchte die Kandidatur Kardorff auf. Dieser Vorschlag kam aus den Reihen der Parteien und wurde von den Demokraten lebhaft unterstützt. Die Parteien wünschten die Bildung einer Regierung der Mitte mit Dr. Stresemann als Außenminister ohne direkte Beteiligung der Deutschnationalen Fraktion. Jedoch bestand gleichzeitig die Forderung, einen bayerischen Volksparteiler in das Kabinett aufzunehmen, der als Verbindungsmann zu den Deutschnationalen fungieren sollte. Es war geplant, das neue Kabinett mit zwei Mitgliedern der Mehrheiten regieren zu lassen.

Als Dr. v. Kardorff vom Reichspräsidenten befragt wurde, ob er bereit sei, die Kabinettsbildung zu übernehmen, hat er sich für die Bildung des Kabinetts ausgesprochen. Er verhandelte zunächst mit den Deutschnationalen Abgeordneten Hergt im Beisein seines Parteikollegen Dr. Heintze. Später führte Kardorff Besprechungen mit dem Zentrumsführer Marx und dem Vorsitzenden der Fraktion Dr. Peterlen. Vor Beginn der Verhandlung der Volkspartei, die zur Besprechung der Kandidatur Kardorff und der von ihm bereits geführten Verhandlungen um die Kabinettsbildung, vergewisserte sich der Kandidat die Mitarbeit des bisherigen Post-, Ernährungs- und Arbeitsministers. Die übrigen Minister sollen mit Nichtparlamentariern

besetzt werden, wobei für das Finanz- und Wirtschaftsministerium an Herrn Minouz gedacht war. Die Pläne Kardorffs wurden jedoch hinfällig infolge der ablehnenden Haltung der Deutschnationalen und der Stellungnahme seiner eigenen Fraktion. Die Deutschnationalen lehnten Kardorff als Kandidat ab und verneinten gegenüber einem Kabinett der Mittelpartei von vornherein die Toleranz, während die Volkspartei sich gegenüber seinen Bestrebungen, daraufhin eine Regierung mit Unterstützung der Sozialdemokratie zu bilden, ebenfalls ablehnend verhielt. Kardorff mußte deshalb gegen 9 Uhr abends den vom Reichspräsidenten zum Ausdruck gebrachten Wunsch, die Kabinettsbildung zu übernehmen, gezwungen durch seine eigene Fraktion, abzulehnen.

Nachdem die Kandidatur Kardorff unmöglich gemacht worden war, ließ Herr Hergt in den Wandelgängen des Reichstages erklären, daß er eine ihm übertragene Kabinettsbildung unter allen Umständen anzunehmen beabsichtigt und jeder andere ausgesprochen deutschnationalen Parlamentarier bzw. Nichtparlamentarier sich im gleichen Sinne verhalten werde. Bevor sie jedoch endgültig zur Regierungsbildung schreiten würden, wollen sie zunächst den Versuch machen, vom Reichspräsidenten die Order zur Auflösung des Reichstages zu erhalten, um im Falle einer Verneinung der Vertrauensfrage durch das Parlament sofort Neuwahlen auszusprechen zu können.

Daß die beiden Rechtsparteien den Volksparteiler v. Kardorff mit seiner Mission scheitern ließen, zeigt ihre geringe Neigung, jetzt gerade und ehrliche Politik zu machen, wie sie von diesem rechtsstehenden aber auch beim Gegner wegen seiner vornehmen Kampfweise geachteten Politiker zu erwarten war. Der frühere Reichsschatzminister und Wiederaufbauminister Albert stammt aus der Beamtenkarriere, hat sich aber durch lange Auslandstätigkeit, die ihn in den Vereinigten Staaten in den Kreis des demokratischen Volksparteiers Graf Bernstorff brachte, einen weiteren Blick erworben, als der normale deutsche Verwaltungsbeamte ihn außerhalb des politischen Parteilbens in seiner Bürotätigkeit zu erwerben pflegt. Innerhalb des Cuno-Ministeriums war er für unsere Partei weit mehr noch als der stillere Dejer derjenige Minister, mit dem sachliche Beziehungen noch möglich waren. Diese persönlichen Vorzüge können aber noch nicht als Garantie dafür gelten, daß dieser tüchtige und weitbildende Beamte mit einem reinen Beamtenministerium, dessen Schwächen in den Fragen der großen Politik wir genügend kennen gelernt haben, der gegenwärtigen Lage Herr wird. Die Mitarbeiter, an die er sich zunächst gewandt hat, bieten diese Garantie noch weniger. Würden die Gehler und Jarres den militärischen Ausnahmezustand aufheben?

Auf die Dauer werden wir wohl um das von Herrn Hergt angebotene Experiment der reinen Rechtsregierung nicht hinwegkommen, wenn man es auch versteht, daß die außenpolitische Lage nicht nur beim Reichspräsidenten, sondern auch bei den Mittelparteiern die Neigung zu diesem Experiment mit dem am wenigsten positiv eingestellten Kräfte des deutschen Parteilbens nicht gerade stärkt. Unsere Bewegung muß jedenfalls auch auf diese äußerste Belastung der deutschen Arbeiterklasse in der nächsten Zeit gefaßt sein.

Neue Vorträge für die Forderung der Reichseinheit.

München, 24. November. (Eigener Drahtbericht.) Halbamtlich wird bekanntgegeben: Die Kartage, die die Bayerische Volkspartei über eine föderalistische Umgestaltung der Reichsverfassung im Reichstag eingebracht hat, bedeuten den ersten Schritt zur Verwirklichung der verfassungspolitischen Ziele, die hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Bayern und dem Reich von der bayerischen Regierung und den Koalitionsparteien in Aussicht genommen sind. Die bayerische Regierung bereitet eine Parallelaktion vor, mit der an die neue Reichsregierung herausgetreten wird, sobald diese gebildet sein wird. (Auch die Deutschnationalen haben bekanntlich einen noch unerledigten Antrag für Forderung der Reichseinheit im Reichstag eingebracht. Red.)

Poincaré

hat vor der französischen Kammer seinen bekannten Standpunkt zur Reparationsfrage wieder einmal reichlich verdeutlicht und diesmal besonders deutliche Redewendungen zugunsten der reinen Separatisten gebraucht. Ein anschließendes Vertrauensvotum wurde, wie gewöhnlich, aus von Sozialisten und Kommunisten abgelehnt.

Mill. Dollarturs vom Sonnabend 4 189 500 000 000
1 Goldmark = 1 062 500 000 000 Papiermark.

Amerika hilft uns nicht.

Weil Deutsche
Deutsche bei vollen Scheunen verhungern lassen!

Der amerikanische Handelssekretär Hoover war mit der Prüfung der deutschen Ernährungslage betraut, da die Absicht bestand, Deutschlands Ernährung entweder mit großen Geldmitteln zum Ankauf von Lebensmitteln in den an Deutschland angrenzenden Ländern, oder mit Lebensmittelammlungen in Amerika zu Hilfe zu kommen. Hoover erklärt jedoch jetzt, nach der Auslands-presse, daß er nach eingehender Prüfung der Verhältnisse von einer Hilfe Amerikas abraten müsse. „Denn“, so sagt er, „die deutsche Ernte war in diesem Jahre eine gute Mittelernte. Es gibt genügend Vieh und es ist auch kein Mangel an Vorräten aller Art, insbesondere an Kartoffeln. Es herrscht nur darum Mangel, weil die wenigen Kreise der Bevölkerung, die die Lebensmittel erzeugen, sie nur zu allzu hohen Preisen an die notleidende Bevölkerung abgeben. Wenn aber die Deutschen selbst, die ihren eigenen Volksgenossen helfen könnten, diese hungern lassen, weil sie viel Geld verdienen wollen, welche Veranlassung haben dann wir Amerikaner, den Deutschen beizuhelfen? Wenn tatsächlicher Nahrungsmittelangel in Deutschland herrschen würde, könnten wir diesen Gande natürlich beibringen, aber wir denken nicht daran, in Amerika Millionen von Dollars zu sammeln, wenn die deutschen Landwirte nicht das ihrige tun wollen, um der Bevölkerung zu helfen.“

Die Agence Havas meldet aus Washington: Hinsichtlich des kürzlich gemachten Vorschlages, das einen Wert von 187 Millionen Dollar darstellende sequenzierte deutsche Eigentum in den Vereinigten Staaten zur Garantierung der Handelskredite zu verwenden, die Deutschland gegebenenfalls bewilligt wurden, erklärt man im Weißen Hause, daß dieser Plan nicht durchführbar ist, da die amerikanische Regierung in keiner Weise mit Finanzmitteln in Konkurrenz zu treten würde. Überdies werde darauf hingewiesen, daß die bis heute der Regierung unterbreiteten Beschlüsse keinerlei Vorschlag dieser Art erwähnen.

Den deutschen Agrariern wird gelegentlich von ihrer Presse eingeredet, sie seien im Ausland als „Ordnungsmänner“ beliebt. Hier haben sie eine Probe auf das Exempel.

Das zwischen Micum und dem Bergbauischen Verein vereinbarte Provisorium

verpflichtet nach französischer Darstellung die Ruhrindustrie zur Zahlung einer Vorkaufsteuer für die Zeit vom 1. Januar bis zum 1. November 1923 in Höhe von 15 Millionen Dollar gleich 279 Millionen Francs. Dazu kommt für die Zukunft eine Abgabe von 10 Francs pro Tonne. Abzuliefern sind 18 Prozent der Metallkohlenproduktion. Die am 1. Oktober vorhandenen Bestände bleiben Eigentum der Befugungsbehörde, während das System der Ausfuhrbewilligungen beibehalten wird.

Nach Mitteilung von deutscher Seite sind die Bestände mit Ausnahme der Kohle freigegeben worden. Jedoch ist der Export nur nach Zahlung der rückständigen Steuern und auf Grund von Ausfuhrerlaubnissen erlaubt. Die Kohlenabgabe erhöht sich um 2 Prozent für Bedürfnisse der Befugung und um 3 Prozent für die internationalen Reparationen, so daß in Wirklichkeit 25 Prozent der Förderung abzuliefern sind. Das Provisorium stellt einen Wandelvertrag dar. Durch ihn wird mittels besonderer Abmachungen das Schicksal der einzelnen Zechen festgelegt und jede Zechen für ihre Lieferung haftbar gemacht. Wird die Lieferung nicht erfüllt, so treten gewisse Strafen in Kraft. Sie können aber nicht in Frage, wenn unverschuldete Nichtlieferung vorliegt. Die Regie kann 15 Prozent der Förderung abruhen. Der Preis für die Regiekohle unterliegt freier Vereinbarung. Wird, wenn Differenzen entstehen, durch die Regie festgelegt. Die beschlossenen Zechen werden zurückgegeben. Die Werke erhalten technische und kaufmännische Selbstständigkeit, sind aber auf Verlangen verpflichtet, sämtliches Material abzugeben. Ueber die Lieferung von Rohstoffprodukten soll noch verhandelt werden. Wie wir erfahren, sind ähnliche Verträge, wie sie in der chemischen Industrie abgeschlossen worden sind, vorgesehen.

Die beiden Hauptstreitpunkte, die Bezahlung der Frankenfrage an die Regie und die Buchung der Reparationskohle haben eine hinlängliche Klärung gefunden. Die Regie verzichtet gegenüber den Zechen auf Bezahlung der Fracht und übernimmt so den Transport ab Zechen. Die Buchung der Naturablieferungen wird im Provisorium mit Stillbewegungen übergeben. Nach dem „Echo de Paris“ hat in Paris eine Besprechung stattgefunden, an der Poincaré und der Leiter der Ruhrkommission teilgenommen haben. Sie hätte das Ergebnis gehabt, daß sich die französische Regierung das Recht vorbehalten habe, die Frage direkt mit der Reparationskommission zu regeln.

Das Ruhrprovisorium stellt eine ungeheure Belastung der Ruhrwirtschaft dar. Sie wird sich nicht für die deutsche Gesamtwirtschaft in der Verknappung der Brennstoffe und der Fallbelastung für metallurgische und andere Erzeugnisse auswirken. Damit ist durch das Provisorium die wichtigste Wirtschafts- und Kohlenfrage vollständig und durch die wesentliche andere Struktur der Wirtschaft und der Befugungsstellen von den Stätten der Wirtschaft getrennt. Eine Vertikalisierung der Wirtschaft ist durch die Ruhrfrage nicht durchzuführen.

Ein Trost in trüben Tagen

Ist die gegenwärtige Schreibweise der deutschen nationalen Presse. Jeder ältere Sozialdemokrat erinnert sich aus der eigenen Parteigeschichte daran, daß die Ausdrucksformen unserer Agitation immer dann am gemäßigtesten sein konnten, wenn es innerlich um unsere Bewegung gut stand. Die Zeiten der großen Worte und der Gefahr unsachlicher Agitation waren dagegen immer dann gegeben, wenn die Bewegung einen Rückschlag erfahren hatte, wenn sie innerlich geschwächt war. Die deutsch-nationale Presse verkündet zwar gegenwärtig, der „deutsche Gedanke“ — so wie sie ihn auffaßt — „marschiere“. Aber selbst diejenigen deutsch-nationalen Blätter, die manchmal Wert darauf legen, als gemäßigt zu gelten, wie die „Schlesische Zeitung“, haben gegenwärtig einen derartig schrillen, künstlich aufgepumpten und innerlich unwahrscheinlichen Agitationsstil, daß man leicht erkennen kann, wie unheimlich sie sich vor der Aufgabe fühlen, nach fünf Jahren vorantastungsloser Opposition jetzt vielleicht selbst Mitverantwortung übernehmen zu müssen.

So schlimm zum Beispiel die „Schlesische Zeitung“ im gestrigen Leitartikel in den größten Ausdrücken der herkömmlichen deutsch-nationalen Bauernagitation auf die Wirtschaftspolitik der letzten fünf Jahre. Wir Sozialdemokraten können uns das jederzeit anhören. Sind doch gerade die wirtschaftspolitischen Fragen — Aufhebung der Zwangsversteigerung, Steuerpolitik, halbe Währungsversuche usw. — seit 1919 beinahe restlos von bürgerlichen Reichstagsmehrheiten „gelöst“ oder vielmehr zugunsten von Schwerindustrie, Großagrarern und Banken immer wieder ungelöst verschoben worden. Die Zahl der Anträge des deutsch-nationalen Herrn Dr. Helfferich, die in diesen Kämpfen mit Hilfe der bürgerlichen Mittelparteien angenommen worden sind, ist sicherlich größer, als die Zahl der angenommenen rein sozialdemokratischen Anträge. Von einseitigen bürgerlichen Politikern, selbst sehr weit rechtsstehenden, haben wir seitdem oft gehört, daß die Sozialdemokratie in der Frage der Zwangswirtschaft oder auch mit ihren Bedenken gegen die Zwangsmaßnahmen fast flehenhaft vollkommener Goldwährung ganz recht gehabt habe. Gerade diese innere Unsicherheit im bürgerlichen Lager verleiht aber das laute Geschrei der deutsch-nationalen Presse. Alle demagogischen Rufe werden jetzt aufgezogen: Tübenische, Ausschließung des Falles Reigner (trotz der streng geschlossenen Haltung der Partei zu dieser Personentage und noch vor dem sonst anstandslos immer abzuwartenden Gerichtsurteil), belächelnde Schimpfereien gegen die unwiderleglichen Tatsachenberichte des Thüringer Ministerpräsidenten über die Wirkungen des militärischen Ausnahmezustandes und selbstverständlich vor allem eine ganze Serie von Schimpfanreden gegen den Reichspräsidenten, wobei immer noch an die spießbürgerliche Vorstellung anknüpft wird, die roten Arbeiter seien nur ja u. l. während doch tatsächlich die Arbeitgeber unter dem Präsidentschaft der Trübs und der Wirrungen reiner Spekulationswirtschaft die Betriebe schließen.

Je lauter das Geschrei, desto deutlicher die Angst, daß nun bald mit Worten auch von der deutsch-nationalen Seite Taten zur Änderung der Not erwartet werden. Wir werden ja leben, so die Agrarier die Presse herabziehen, wenn ihre politischen Führer registern, so die Bank- und Industriemänner um Helfferich und Minow nach der Ausschließung der Sozialdemokratie, die sie ja schon zweimal, unter Johnsons und unter Cuno, probiert haben, alles besser machen können. Gelingt ihnen das diesmal nicht, so wird auch in der Diktaturform ihre Regierung sich nicht halten können. Die wirtschaftlichen und die außenpolitischen Stützen der deutschen Demokratie werden sich auch als „ein Stück Verfallung“ erweisen, und zwar als das festeste. Und dann wird vielleicht die Hoffnung auf die Rechte auch in den heute noch schwankenden Kreisen rascher als wir heute noch hoffen, für lange hinaus erledigt sein.

Rechtsradikale verhaftet.

Wie die „Montagspost“ aus Hamburg meldet, wurden in der Nacht zum Sonntag eine 69 Angehörige des Niederländischen, einer deutsch-nationalen Vereinigung, im Stadtpark bei einer militärischen Nachschau überrascht und festgenommen. Im Laufe des Sonntags wurden 80 Angehörige des Bismarckbundes, die von Langensachsen bei Hamburg zu ihrem Lebensplatz fahren wollten, von der Polizei festgenommen. Im Besitz der Verhafteten wurden Pistolen und Leuchtpistolen vorgefunden.

Unter den Rechtsradikalen, die in Breslau noch in Haft sind, befindet sich, wie wir erfahren, auch der bekannte Graf Grotzmann-Zelkoff. Dieser jugendliche Junker hatte die Organisation angeleitet, deren Mitglieder vor einiger Zeit in der Provinzialstadt die antimilitärischen Kräfte der „Schlesischen Zeitung“ und „Tagesspost“ mit Sammelbüchern in die Provinz zu überbringen suchten, und dabei von der Schaps festgenommen wurden.

Das preussische Staatskommissariat für öffentliche Ordnung ist zur Vereinfachung des Geschäftsganges und zur Vermeidung von doppelter Berichtserstattung endgültig dem preussischen Ministerium des Innern angegliedert worden. Die Bedeutung dieser Behörde war schon vorher sehr eingeschränkt worden.

Aus Ruhr-Bayern.

Ankündigung gegen Ruhr? — Misgunstung des Reichsgerichts!

München, 24. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Kampf zwischen der bayerischen Regierung und dem Generalstaatskommissariat scheint langsam in ein grundsätzliches Stadium zu kommen. Veranlassung dazu gibt die Häufung der Eingriffe in die Befugnisse und den Verwaltungsbereich der einzelnen Ministerien, während keine eigentliche Tätigkeit nur in der Ausübung der staatlichen Exekutive zu suchen ist. In allen bisherigen Konflikten hat der Generalstaatskommissar seinen Willen durchgesetzt, sei es auch nur in Kompromissen; denn diese sind stets zu dreierlei auf Kosten der Regierung gegangen. Nun ist es kein Geheimnis, daß die bayerische Regierung sehr wohl dafür zu haben ist, dem Reich das Recht zur Ergreifung und Aburteilung der Hochverräter vom 8. November zuzuerkennen. Doch haben unsere Wissensquellen in Berlin und München keine Verhandlungen in dieser Sache festgefunden. Trotzdem oder gerade deswegen hält es das Generalstaatskommissariat für notwendig, folgende Bekanntmachung zu erlassen: „Gegenüber Gerüchten wird festgestellt, daß das Verfahren wegen der Vorgänge am 8. und 9. November bereits bei den bayerischen Justizbehörden anhängig ist. Eine Auslieferung der Beteiligten an den Staatsgerichtshof der Republik kommt nicht in Frage.“

Politisch von Bedeutung ist, daß das absolute Regiment Ruhrs auch denen immer unerträglich wird, die die eigentliche politische Macht in Bayern, wenn auch nicht die Macht der Waffengewalt, in Händen haben: der Bayerischen Volkspartei. Schon nimmt das Organ ihres maßgebenden Führers Heide, der „Regensburger Anzeiger“, Stellung gegen die Diktatur des Generalstaatskommissars, indem das Blatt schreibt: „Es muß auch einmal deutlich gesagt werden, daß es ein schwerer staatsrechtlicher Irrtum ist, den so viele ernst zu nehmende Männer leisten, als ob Herr v. Ruhr die bayerische Staatsregierung sei oder sie vertritt.“ Bayerische Staatsregierung ist das Ministerium für Inneres und keine andere, und diese Staatsregierung das Gesamtministerium, hat in verfassungsmäßiger Form einen Generalstaatskommissar aufgestellt und ihm bestimmte Aufgaben delegiert. Nicht kraft eigenen Rechts, nicht kraft eigenen Namens amtiert Herr v. Ruhr, sondern weil ihm seine Gewalt durch die verfassungsmäßige Gewalt durch die Staatsregierung, rechtmäßig übertragen worden ist. Auch alles was weiter zu geschehen hat, hat verfassungsmäßig das zu vollziehen. Jede andere Entwicklung wäre ungesetzlich und darum grundsätzlich zu verwerfen.“

Die „Taktik“ der Kommunisten gegen unsere Partei

enthüllt sich täglich mehr. Zwei Beispiele: Die „Leipziger Volkszeitung“ vom 22. November berichtet:

„Wie uns Genosse Kleinmann mitteilt, wurde er am Montag in einer kommunistischen Versammlung, wo er als Diskussionsredner sprach, unter Führung der Verlesungsleitung vom „Sachbuch“ zum Rednerpult gerufen. Das Taktik wurde ihm gerufen, man schenke ihm durch den Saal, wobei er von einem Versammlungshelfer einen Tritt in den Unterleib und von einem anderen einen Schlag mit einer Sprangfeder über den Kopf erhielt. Als er die Sanitätskammer verließ, fielen vier bis fünf Mann, die ihn schon vorher verprügelt hatten, wieder über ihn mit Fausttritten und Faustschlägen her. So sah ihn der Sanitätswache in der Schenkendorfsstraße verbinden lassen.“

Und die „Volkszeitung für das Vogtland“, die heute noch für die Koalition mit den Kommunisten eintritt, wendet sich am 19. November gegen die Strategie der Kommunisten auf sozialdemokratische Führer mit folgenden Worten:

„Die heftigsten Reaktionen zeigen, welche Kampfstärke gegen die Kommunisten nunmehr gegen die Sozialdemokratie, gegen die rechten wie die linken Führer, eingeschlagen werden soll. Den Kommunisten kommt der Kampf, weil die Not des Volkes und die tatsächliche Reaktion ihnen willige Zutriebsdienste leistet. Wenn sie aber dabei hoffen, die Sozialdemokratie brechen oder vernichten zu können, in der Erwartung, daß ihnen die linken Führer noch dabei Senkendreiecke leisten sollen, so werden sie sich schwer täuschen. Auch bei den linken Führern gibt es eine Grenze der Parteizehre, der Disziplin und des Ansehensrechtes, die nicht überschritten werden darf, wenn es um den Bestand der Partei gehen soll, werden wir auch noch zwei Fronten in die Fechterstellung zu gehen müssen.“

Weber diese Kampfesweise der Kommunisten, noch die Tatsache illegaler Umtriebe innerhalb ihrer Partei kann u. U. das Verbot der Partei als solcher rechtfertigen. Wir haben am Sonnabend einen dem „Parlamentsdienst“ entnommenen Hinweis auf die zuverläßigen Beweise illegaler Umtriebe in der KPD. abgedruckt und von den Kommunisten selber wird diese Tat-

sache ja auch leider nicht mehr abgeleugnet. Das leuchtet den grundlegenden Unterschied zwischen dieses Kommunistenverbots vom 1. November und der Sozialistengesetz; die Sozialdemokratie war nicht auf die Gefährlichkeit ihres Handelns! Die Bewegung der Kommunisten als Ganzes wird sich aber gerade, weil unter dem Druck der Wirtschaftsnote so wir und ungelassen, klärt geblieben ist, durch das Verbot nicht erleichtern. Mit der Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes wird daher auch dieses Militärverbot aufgehoben müssen, schon im Interesse der Wiedereingliederung der kommunistischen Ideen.

Der neue Lohnabzug.

Das Reichsfinanzministerium gibt bekannt: Die Verhältnisse der Ermäßigungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn bis zum 1. Dezember 1923 „700 000“. Bei der Veranlassung des Steuerabzuges von dem in der Zeit vom 25. November 1. Dezember 1923 fällig gewordenen und gezahlten Arbeitslohn sind die Ermäßigungen der zweiten Septemberhälfte mit 700 000 zu veranschlagen. Unter Zugrundelegung der Verhältniszahl 700 000 ergeben sich z. B. folgende Wochenermäßigungen:

für die Zeit vom	für Steuerpflichtige und Ehefrau je Woch.	für jedes minderjährige Kind	für Mehrgewaltigen
16. bis 30. 9. (Grundjahr)	172 000	1 152 000	1 440 000
18. bis 24. 11. (dreihunderttausendfach)	51 840 000 000	345 600 000 000	432 000 000 000
25. 11. bis 1. 12. (siebenhunderttausendfach)	120 960 000 000	806 400 000 000	1 008 000 000 000

Wahrung, Arbeitslose!

In der letzten Zeit mehren sich die Fälle, wo reichsweite Arbeitslose sich in uns Zustand, insbesondere nach Österreich, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien und in die Türkei begeben, dort Arbeit zu suchen. In den allermeisten Fällen sind die Reisen nicht nur ganz zwecklos, sondern bringen auch die ersten Unannehmlichkeiten für die Betroffenen mit sich, da wirtschaftlichen Verhältnisse auch in diesen Ländern keineswegs beschaffen sind, daß die Zugewanderten ohne weiteres Arbeit erhalten können. Es muß daher vor solchen Auswanderungen nicht auf Grund eines einwandfreien Arbeitsvertrages angenommen werden, dringend gewarnt werden, weil die Arbeitsuchenden im Ausland nur dem größten Elend preisgegeben sind, zumal wenn sie, wie es oft vorkommt, im Besitz geordneter und mäßiger Pässe sind.

Die Heimvolkshochschule Tinz bei Gera

hat sich als Ziel gesetzt, Angehörigen der wertvollen Bevölkerung, die keine andere als die Volkshochschule besucht haben, die Möglichkeit zur geistigen Weiterbildung im Sinne der sozialistischen Welt- und Kulturanschauung zu bieten. Dieses Ziel will sie durch Heimkurse erreichen, in der die Hörer mit den wissenschaftlichen und kulturellen Grundlagen des Sozialismus, den Aufgaben und Zielen der sozialistischen Arbeiterbewegung, vertraut gemacht werden. Im Mittelpunkt der Kurse stehen:

Nationalökonomie: Lehrer Dr. Alfred Braunthal; Geschichte: Lehrer Otto Jenßen; Kunst, Literatur, Redefunde, Sprache: Lehrer Oskar Greiner und juristische und gewerkschaftliche Stoffgebiete, die von Gastlehrern behandelt werden.

Aufnahme in Tinz finden Männer im Alter von 18 bis 30 Jahren. (Ein Frauenkurs ist zur Zeit unmöglich, soll aber später wieder stattfinden.) Bewerber haben ein feststehendes Gehalt, in dem sie den mit dem Gehalt von 2 verflochtenen Zweck darstellen, nebst Lebenslauf, der den Bildungsgang und die Berufsausbildung erkennen läßt, an die Leitung der Schule einzureichen. Erforderlich sind ferner und mit der Bewerbung einzureichende Geburtsurkunde, ärztliches Zeugnis, bei Aufnahme in Tinz zweimalige Zeugnisse, die zur Reinigung des Körpers und der Kleidung erforderlichen Gegenstände. Zutreffen in Tinz ist eine politische und der Wiedereingliederung Lebensmittelforschung beizubringen.

Das Schulgeld, in dem die Kosten für Verpflegung und Wohnung mit enthalten sind, ist für den nächsten fünfmonatigen Kurs auf insgesamt 49 Goldmark festgesetzt. Das Schulgeld ist bei Zutreffen in Tinz zu entrichten oder kann ratenweise vor (nach der Aufnahme) eingeleistet werden, beides möglichst in selbständigen Zahlungsmitteln. Außer der Schulgeldzahlung wählt den Schülern nur noch die Verpflegung, durch regelmäßigen Arbeitsdienst (6 Stunden wöchentlich) an der Haltung der Schule mitzuarbeiten.

Der nächste Kursus beginnt am 15. Januar 1924 dauern bis 15. Juni 1924. Die Bewerbungen müssen spätestens 15. Dezember 1923 eingereicht werden. Die Entscheidung der Schulleitung über die Aufnahme erfolgt spätestens Weihnachten.

Der Kampf am Dover.

Roman von Victor Hugo.

24]

„In dem Platz, den er sich gewählt hatte, wäre er weitergegangen, bevor er das Meer, die Maschine und damit ein ganzes Welt hätte in der Abgrund versinken sehen. War diese beiden Fälle waren möglich, Gilliat nahm diese Möglichkeit an und fürchtete, er würde sie. Beim Scheitern aller Hoffnungen wollte er sterben, und zwar vor der Maschine, die für ihn eine Person war. Er stieß mit der linken Hand seine Haare zurück, da der Regen sie ihm über die Augen gelaßt hatte, umfing sie mit der rechten Faust seinen guten Hammer, beugte sich hoch nach hinten und wartete.“

Er brauchte nicht lange zu warten. Ein Blitzeblitz gab das Zeichen, die bleiche Deckung im Zeitlich sich, ein heftiger Windstoß brach los, alles wurde finstern. Kein Licht als der Blitz. Der Angriff im Finstern begann.

Die See, höher wüthend, der Blitzeblitz, hob sich hoch im Ozean, jenseits des „Kamm“. Sie sah aus wie eine große Glasrolle. Blau und schaumlos durchzog sie das ganze Meer und näherte sich dem Wogenbrecher. Seit dem Herankommen schallte sie immer höher, als rollte eine Woge der Himmels über den Ozean. Dampf Donner grüßte.

Viele einzelne Welle erreichte den „Kamm“ und glitt in zwei Teile gehalten über ihn fort. Die beiden Teile verzogen sich gleich wieder, und während sie sich mit dem Wogenbrecher in gleicher Richtung gelassen waren, fanden sie sich plötzlich zu ihm. Die Woge hatte die Form eines Balkens bekommen. Dieser juchende Widerstand warf sich gegen den Wogenbrecher. Der Zusammenstoß ging unter donnerartigen Geräuschen vor sich. Alles verlor sich im Schäumen.

Wenn man sie nicht gesehen hat, kann man sich das Schmelzen nicht vorstellen, die das Meer fortwährend, das unter dem es Felsen von mehr als hundert Fuß Höhe verstreut.

Ein einziger Augenblick blühte die Wogenkraft alles. Nichts war mehr sichtbar als ein unendliches Meer, das...

ermöglichter Schrum, unendliches Losen, unter dem die Ver-nichtung auf tie.

Der Schrum verstand. Gilliat stand angerichtet. Der Wogenbrecher hatte handgehalten. Nicht eine Kette gerissen, nicht ein Nagel gelöst. Er hatte die Probe der beiden Eigenschaften bestanden, die ein Wogenbrecher haben muß. Die heile See hatte sich an ihm in Regen gebrochen.

Der Schrumplagen glitt an den gezogenen Ufern der Wogenstraße entlang und erlosch schließlich unter dem Wad. Der Wad, der dem Ozean diesen Manfords angelegt hatte, legte seine Arbeit fort.

Zum Glück nahm der Sturm für kurze Zeit eine andere Richtung an. Gilliat benutzte die Zeit, um die Stütze von hinten wagen zu befestigen.

Der Tag ging zu Ende. Der Sturm setzte seine Angriffe fort. Die Wogen und Felsenkaskaden des Himmels ergossen ihren Jubel und wurden nicht leer. Die Wogen des Sturmes, bald hoch, bald niedrig, saßen aus wie die Bewegungen eines Trachens. Als die Dämmerung einbrechen sollte, war die Nacht schon da; man bemerkte ihr Herankommen nicht.

Eine Phosphoreszenz, rot wie ein Nordlicht, mochte gleich einem Streifen der Spektroskopie hinter den dicken Wolken und verströmte weiterhin einen kalten Schein; selbst die großen Regentropfen leuchteten.

Dieses Licht verströmte und leitete Gilliat. Einmal drehte er sich um und sah dem Woge zu: Halte mir die Leuchte! Er konnte dabei das hintere Gürtelband noch höher machen als das vordere. Der Wogenbrecher war fast vollendet. Als er an dem oberen Vordersteiner ein Gilliat bestiegen wollte, dieses ihm der Wind soll ins Gesicht. Er mußte den Kopf umdrehen. Der Wind hatte sich plötzlich wieder nach Nordost gedreht, der Angriff begann von neuem aus Ozean. Der Wogenbrecher sollte von neuem erstärkt werden. Eine zweite Angriffswelle rollte heran. Sie prallte zurück gegen den Felsen; eine zweite, dicht hinter ihr, folgte; dann noch eine und wieder eine, fünf, sechs, alle tobend, alle gleich hart. Endlich kam noch eine furchtbare. Sie wühlte sich mit gewissem Ansehen und hatte das Ansehen eines unerschrockenen, lebender Wagens. Man konnte sich leicht unter diesen riesigen geschwungenen, durchdringenden Massen bewegen und steuern. Sie wühlte sich, sah über...

den Wollenbrecher und ihre tierischen Formen gerissen an. Auf dem Gerüst von Felsen und Balken erschienen sie wie Krümmungen einer Hydra. Die hohle See kampft mit ihr. heftiges Zittern behrte durch die Klippen. Man vernahm Gebrausch wie von Tieren, der Schrum schien der Speichel eines Riesentiers zu sein.

Sie fiel zurück sie schwand. Gilliat bemerkte logisch, eine Stelle getroffen war. Die Woge hatte das Jahrige getötet. Ein langer, schwerer Balken war von dem vorderen Gürtel gerissen und auf das hintere geschleudert, an den Felsen. Gilliat einen Augenblick lang zu seinem Kampflager erstarrt hatte. Zum Glück war er nicht dahin zurückgetrieben. Er war sonst getroffen und herabgeschmettert worden.

Eigentümlicherweise wurde dieser Balken — statt unermesslichen Schaden anzurichten — Gilliat nützlich. Zwischen den vordringenden Felsen nämlich und der inneren Abdeckung des Engpasses war ein Zwischenraum, eine große Einbiegung, das Loch in einer Art. Das eine Ende des in die Luft schleudernden Balkens war beim Herabstürzen in diese Einbiegung gefallen und hatte sie dadurch erweitert.

Ein Gedanke fuhr Gilliat durch den Kopf: sich auf den abete Ende stützen. Der Balken ragte wie ein ausgefallenes Arm aus dem Felsenloch heraus. Gilliat hüfte sich mit beiden Armen und Händen gegen die Einbiegung und legte sich mit beiden Schultern gegen den nächsten Felsen. Der Balken war lang und mehrte dadurch die Gewalt seiner Schwere. Obgleich der Balken schon erschüttert war, mußte Gilliat viermal ansetzen. Von jedem Haaren troff ebensoviel Schweiß als Regen. Beim vierten Ansetzen strengte er sich an wie ein Wagnisrunder; aber der Fels trocknete die Einbiegung verlängerte sich zu einem Spalt. Öffnete sich ein Mund und die ganze schwere Felsenmasse stürzte hinunter. Der Hebel folgte, und Gilliat wäre um ein Haar nachgezogen. Der Felsstod verhielt sich unter Schrum Gilliat von oben bis unten durchdringend, und lag so, daß er zwischen beiden Felsstücken eine Art Wundloch bildete. Es war diesen Stütz eine eigentümliche Sadgasse entstanden, hinter das Wasser ruhig wurde.

So wurde ein noch unbestätigter Schutzwall geschaffen, zwar gerade zur rechten Zeit.

(Fortsetzung folgt.)

